

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe Oktober 2022: Themen im Land Hessen

Karin Hartmann: Finanzierung von guter Bildung, Betreuung und Erziehung ist in vielen Städten und Gemeinden nicht zu stemmen

In ihrer Rede vor dem Hessischen Landtag zu dem Gesetzesentwurf zur frühkindlichen Bildung, den die Fraktion der Freien Demokraten eingebracht hat, stellte die SPD-Abgeordnete Karin Hartmann fest, dass Sprache der Schlüssel zur Welt sei und die Weichen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie stelle. Frühkindliche Bildung stelle einen elementaren Baustein für den späteren schulischen Erfolg dar. „Wissenschaftliche Studien zeigen, dass sprachliche Bildung besonders dann wirksam ist, wenn sie frühestmöglich beginnt. Deshalb sind gute Startbedingungen in der Kita und in der Schule unabdingbar“, so Hartmann

In Deutschland und insbesondere in Hessen werde leider wenig von dieser Erkenntnis umgesetzt. Elternhausbedingte Benachteiligungen würden kaum kompensiert. „Bildungs- und Erziehungspläne haben für Erzieherinnen und Erzieher und für Grundschulpädagoginnen und Grundschulpädagogen einen zusätzlichen Arbeitsaufwand geschaffen, die Bedingungen für eine bessere Bildungsarbeit in Kitas und Grundschulen haben sich dadurch aber nicht im gleichen Maße verbessert“, stellt Hartmann fest.

Die Finanzierung von guter Bildung, Betreuung und Erziehung in Kitas sei bereits jetzt in vielen Städten und kleinen Gemeinden nur schwer zu stemmen. Förderprogramme des Bundes für Bereiche, die originär in der Zuständigkeit der Länder lägen, seien immer befristet und deshalb für Bundesländer keine Entlassung aus der Pflicht. Hinzu komme die Mehrbelastung durch den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz mit Ganztagsbetreuung. Karin Hartmann sagte: „Es fehlen schlichtweg die Erzieherinnen und Erzieher und sonstigen Fachkräfte, um dem Anspruch auf gute Bildung auch in Kitas Rechnung tragen zu können.“

Die SPD-Fraktion habe schon vor Jahren gefordert, die Ausbildungs- und Studienkapazitäten in Hessen erheblich aufzustocken. Das habe Schwarzgrün verschlafen. Der Markt für Fachkräfte sei leergefegt. „Die Landesregierung weigert sich sogar, überhaupt eine Übersicht zu erstellen, wie viele Fachkräfte aktuell fehlen“, kritisierte Hartmann, dabei müsse mit allen Mitteln verhindert werden, dass es durch den Fachkräftemangel zu einer Dequalifizierung im frühkindlichen Bereich kommt. Unter dem Gesichtspunkt „die Besten am Anfang“ brauche es engagierte und gut qualifizierte Menschen, die sich für einen Job im frühkindlichen Förderungsbereich bewerben, so Hartmann.

„Damit der Erziehungsberuf insbesondere auch für Quereinsteiger attraktiver und finanzierbar wird, müssen so schnell wie möglich die Angebote für eine praxisintegrierte, und vergütete Ausbildung massiv ausgebaut werden. Wir brauchen grundsätzlich im gesamten Bereich der Ausbildung eine Vergütung. Und schließlich muss das unsägliche Schulgeld abgeschafft werden“, forderte Karin Hartmann.

Landesregierung muss investieren, um die Krankenhausversorgung der Zukunft sicherzustellen

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Daniela Sommer, sagte im Rahmen der Plenardebatte zur aktuellen Stunde der Fraktion DIE LINKE.:

„Krankenhäuser sind in Not. Der finanzielle Druck auf die Häuser ist riesig und muss von der Landesregierung unbedingt abgemildert werden. Sie muss die Krankenhäuser endlich so bezuschussen, dass diese auskömmlich wirtschaften können.“

Sommer erinnerte daran, dass das Land die Investitionen seit über 20 Jahren vernachlässige, auch der Zuschuss für 2023 und 2024 im Doppelhaushalt werde die Investitionslücke nicht schließen, das Land müsse daher nachlegen. Zu geringe Investitionen durch das Land hätten negative Konsequenzen für das Personal: „Das Personal ist die wichtigste Ressource, die wir im Gesundheitssystem haben, denn die Versorgung erfolgt durch die Menschen in den Krankenhäusern. Wenn das Land die entsprechenden Investitionen nicht zur Verfügung stellt, leidet das Personal darunter.“

Hoher Arbeitsdruck, fehlende Erholung und die fehlende Wertschätzung der so wichtigen und wertvollen Arbeit, das dürfe so nicht bleiben. „Um Qualität, Wohnortnähe und bedarfsorientierte Strukturen für alle Patienten, als auch gute und sichere Arbeitsplätze für Beschäftigte zu schaffen, braucht es zwingend gute Rahmenbedingungen und angemessene Investitionen. Für die Sicherung der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen trägt die Landesregierung Verantwortung. Es ist Ihre gesetzliche Verpflichtung. Nehmen Sie die prekäre Lage der Krankenhäuser nicht länger in Kauf, erhöhen Sie die originären Landesmittel. Wirken Sie darauf ein, die Krankenhausversorgung der Zukunft sicherzustellen“, fordert Dr. Sommer die Landesregierung auf, tätig zu werden.

Britisches Rechercheteam gibt klare Antworten auf die Frage, ob eine Flucht durch den Notausgang geglückt wäre

Der Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags zu dem rassistischen Terroranschlag von Hanau (UNA 20/2) hat heute den Recherche-Koordinator der Agentur Forensic Architecture, Robert Trafford, vernommen.

Die britische Recherche-Agentur hat sich intensiv mit dem Attentat von Hanau und vielen seiner Detailspekte befasst, so auch mit der Notausgangstür in der „Arena“-Bar, die in der Tatnacht verschlossen war und die regelmäßig Gegenstand in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses ist.

Während die Staatsanwaltschaft Hanau im Ergebnis ihrer Ermittlungen zu der Auffassung gekommen ist, dass sich im Nachhinein nicht mit der erforderlichen Sicherheit feststellen lasse, ob die in der „Arena“-Bar Ermordeten vor dem Attentäter hätten flüchten können, wenn die Tür des Notausgangs nicht verschlossen gewesen wäre, vertritt das Recherche-Team um den Experten Trafford die Auffassung: Doch, Said Nesar Hashemi und Hamza Kurtovic hätten lebend aus der Bar entkommen könne, wenn der Notausgang offen gewesen wäre.

Trafford erläuterte vor dem Ausschuss, das Team von Forensic Architecture habe den zeitlichen Aspekt des Geschehens detailliert untersucht, indem jeweils die exakte Fluchtbewegung und die Fluchtgeschwindigkeit der einzelnen Personen berechnet und auf den Weg zur Notausgangstür übertragen wurden. Auf dieser Basis ergebe sich eindeutig, dass eine Flucht möglich gewesen wäre.

„Die Recherche-Ergebnisse von Forensic Architecture sind unbedingt ernst zu nehmen“, sagte die Obfrau der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss, Heike Hofmann, dazu. „Die Methodik, mit der sich das Team aus Großbritannien der Frage, ob eine Flucht aus der Bar möglich gewesen wäre, genähert hat, berücksichtigt entschieden mehr messbare Faktoren als das die Staatsanwaltschaft Hanau in ihren Ermittlungen getan hat. Das Problem des verschlossenen Notausgangs lässt sich ohne das präzise Herangehen von Forensic Architecture nicht in der erforderlichen Tiefe betrachten. Es ist überaus misslich, dass die Staatsanwaltschaft darauf verzichtet hat, die Expertise von neutralen Gutachtern zu nutzen, und stattdessen nur mit Bordmitteln ermittelt wurde.“

Karin Hartmann: Gute Bildung braucht gute Schulen

In ihrer Rede anlässlich des Gesetzesentwurfs „Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Hessen (Reparierte Schule Gesetz)“ der Linksfraktion, stellte Karin Hartmann fest, dass der Gesetzentwurf frappierende Ähnlichkeit zu einem Gesetz aus dem Jahre 2016 des vom damaligen nordrhein- westfälischen Finanzminister Norbert-Walter Borjans vorgelegten Gesetzes unter dem Begriff „Gute Schule 2020“ aufweise. Norbert-Walter Borjans habe schon damals erkannt, dass Schulen gut ausgestattet sein müssen, um ihre Aufgaben zu bewältigen.

Mit Spannung blickt Karin Hartmann auf die folgende Anhörung zu diesem Gesetzesentwurf. „Ich gehe davon aus, dass damit auch in Hessen notwendige Schulbauinvestitionen schneller

angestoßen und umgesetzt werden könnten. Voraussetzung dafür sind natürlich nicht nur die finanziellen Mittel, sondern auch die notwendigen Planungs- und Baukapazitäten“, so Hartmann. Wissend, dass der Ausstattungsstand hessischer Schulen sehr unterschiedlich ist,

habe die SPD-Fraktion einen Antrag auf eine Bestands- und Bedarfsanalyse im Hinblick auf schulische Gebäude und Raumkapazitäten, aber auch auf die digitale Ausstattung, eingebracht. „Wir haben den Anspruch, dass in Bezug auf die Ausstattung von Schulen ebenso wie auf die pädagogische Ausstattung hessenweit vergleichbare Bedingungen herrschen“, so Hartmann. Des Weiteren seien moderne Bildungskonzepte nur durch ein entsprechend modernes Lernumfeld effektiv.

Hartmann unterstrich ebenso, dass die SPD-Fraktion der Auffassung sei, es müsse im Kultusministerium genaue Kenntnisse darüber geben, bei welchen Schulen dringender Handlungsbedarf besteht, ganz unabhängig von der formalen Zuständigkeit der Schulträger für Investitionen in schulische Gebäude. „Um unabhängig von der Finanzkraft der jeweiligen Schulträger an allen hessischen Schulen eine Ausstattung zu haben, die zumindest Mindeststandards genügt, halten wir eine Schulbaurichtlinie für sinnvoll“, ergänzte Hartmann. Moderne Pädagogik brauche neben ausreichend Räumen für Unterricht auch passgenaue Konzepte für die aktuellen Herausforderungen wie Ganztage und Inklusion. „Das bedeutet, dass auch die Ausstattung von Schulen dem Anspruch auf mehr Teamarbeit und weniger Frontalunterricht, mehr Multifunktionalität und mehr Variabilität der Lernorte auch für digitales Lernen Rechnung tragen muss“, unterstrich Hartmann. Die Rede schloss Hartmann mit einem Zitat von Norbert Walter-Borjans: „Guter Unterricht braucht auch gut ausgestattete Schulen. Das fängt bei benutzbaren Toiletten an und reicht bis zu einer digitalen Ausstattung, die unsere Kinder zeitgemäß auf die Zukunft vorbereitet.“

Quellen: [Pressemitteilungen der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag](#)

Weitere Pressemitteilungen als Links:

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/09/30/guenter-rudolph-begruesst-hessische-krisehilfe-spd-angebot-zur-zusammenarbeit-der-demokratischen-parteien-steht/>

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/09/29/schulen-bleiben-digitale-wuesten-politische-eitelkeiten-verhindern-die-ankunft-in-21-jahrhundert/>

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/09/29/schwarzgruen-schiebt-hilfe-fuer-hessische-sportvereine-in-der-energiepreiskrise-auf-die-lange-bank/>